



AMERIKA/USA - Bischof von Atlanta fordert ganzheitliche Reform der Zuwanderungspolitik: „Schutz der Zuwanderer ist Verkündigung des Evangeliums“

Atlanta (Fidesdienst) – Erzbischof Wilton Gregory von Atlanta (Georgia) forderte erneut eine umfassende Reform der Zuwanderungspolitik. Wie aus Informationen hervorgeht, die dem Fidesdienst vorliegen, begrüßte der katholische Kirchenvertreter den Vorschlag Obamas illegalen Zuwanderern eine Aufenthaltsgenehmigung anzubieten und Ausweisungsverfahren für zwei Jahre auszusetzen, betonte jedoch, dass noch mehr getan werden müsse. „Manchen werden diese Programme helfen, doch wir müssen weiterhin eine ganzheitliche Reform anstreben, die Möglichkeiten für mehr Menschen schafft, insbesondere für die Familien derer, die bereits im Land leben und für das Wohl unseres Landes arbeiten“, so Erzbischof Gregory, „Dies trifft besonders in der heutigen Zeit zu, nachdem es in den vergangenen Jahren besonders viele Ausweisungen und Familientrennungen gegeben hat. Der Erzbischof äußerte sich in diesem Sinne bei der Eröffnung der Konferenz „Migration Policy and Advocacy in 2013 and Beyond: New Challenges and New Opportunities“.

Parallel zu der von der US-amerikanischen Bischofskonferenz in Zusammenarbeit mit dem katholischen Netzwerk für legale Einwanderung, vom 3. bis 5. Dezember in Atlanta veranstaltete Konferenz befasst sich Präsident Obama zu Beginn seines zweiten Mandats mit der Zuwanderungsfrage. Nach Umfragen soll Obama bei seiner Wiederwahl auch besonders viele Stimmen lateinamerikanischer Zuwanderer erhalten haben. Von den leitnahamerikanischen Zuwanderern wurde er jedoch auch heftig kritisiert mit Blick auf die große Zahl der Ausweisungen während seiner Amtszeit und die Tatsache, dass es während der ersten Amtszeit keine Reform der Zuwanderungsgesetze gibt hat. „Der Schutz der Zuwanderer bedeutet auch Verkündigung des Evangeliums, in dem Maß in dem die Lehren über Menschenwürde und Nächstenliebe weitergegeben werden und viele in diesen Brüdern und Schwestern Christus erkennen sollten“, so der Erzbischof abschließend. (CE) (Fidesdienst, 06/12/2012)